

ANTRAG

			Vorlage-Nr.: A 18/0470
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und Herrn Thomas Thedens			Datum: 22.10.2018
Bearb.:	Herr Marc Muckelberg, Herr Berbig, Herr Thedens	Tel.: 507	öffentlich
Az.:			

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit
Stadtvertretung	06.11.2018	Entscheidung

Angebot zur Flüchtlingshilfe, hier: Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen, Die Linke und Herrn Thomas Thedens vom 22.10.2018

Beschlussvorschlag

Die Mitglieder der Norderstedter Stadtvertretung bitten die Oberbürgermeisterin, der Bundeskanzlerin Angela Merkel Unterstützung zur Aufnahme der im Mittelmeer geretteten Flüchtlinge anzubieten. Im Vorfeld möge sich die Oberbürgermeisterin an den Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein wenden, mit der Bitte, landesweit nach Möglichkeiten zu suchen, zusätzliche Flüchtlinge aus der Seenotrettung in Schleswig-Holstein aufzunehmen.

Sachverhalt

Im März 2015 verabschiedeten alle Fraktionen dieses Hauses eine gemeinsame Resolution „Eine Stadt für alle – Norderstedt ist weltoffen! Für gelebte Demokratie und Toleranz“. Die Resolution richtete sich einerseits gegen das fortgesetzte Schüren diffuser Ängsten vor einer angeblichen Überfremdung in unserem Land. Zum anderen traten die Fraktionen insbesondere für Menschen ein, die unseren Schutz suchten und unserer Hilfe bedurften. Seit dem März 2015 haben Verwaltung, Politik, Willkommen-Team, Träger und Betreuer/innen in den städtischen Unterkünften sowie viele andere Unterstützer/innen in unserer Stadt enorme Anstrengungen unternommen, den Geflüchteten Schutz, Unterkunft, Hilfe, Beratung u.v.m. zu gewähren.

Die Flüchtlingssituation im Mittelmeer hat in den vergangenen Monaten dramatische Züge angenommen. Wieder ertrinken Menschen auf der Flucht, Nichtregierungsorganisationen werden an der Seenotrettung gehindert oder ihre Schiffe werden ausgeflaggt („Aquarius“), Flüchtlinge werden unter menschenunwürdigen Verhältnissen in Italien oder Griechenland in Sammellagern untergebracht oder nach Libyen verfrachtet, wo ihnen Haft und/oder Folter droht. Eine einheitliche und EU-weite Flüchtlingspolitik ist auch heute, 2018, nicht in Sicht. Stadtstaaten wie Hamburg, Berlin und Bremen als auch nach unserer Kenntnis die Städte Rostock, Köln und Bonn haben sich in den letzten Monaten dafür ausgesprochen, weitere in Not befindliche Menschen aufzunehmen.

Diesen Beispielen sollte Norderstedt folgen, da entsprechende Unterbringungskapazitäten in der Stadt vorhanden sind.

Anlagen:

Original des Antrags

Sachbearbeiter/in	Fachbereichsleiter/in	Amtsleiter/in	mitzeichnendes Amt (bei über-/ außerplanm. Ausgaben: Amt 11)	Stadtrat/Stadträtin	Oberbürgermeisterin
-------------------	-----------------------	---------------	--	---------------------	---------------------